



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

63. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
– Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung	5
1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7002 Drucksache 14/7900 (erste Ergänzung)	

Der Ausschuss kommt überein, an der vom Haushalts- und Finanzausschuss für den 15. Januar angesetzten Anhörung in Form einer Pflichtsitzung teilzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Anhörung über die erste Ergänzung zum GFG 2009 zu Beginn der gemeinsamen Sitzung durchgeführt wird.

2 Mehr Verantwortung – Mehr Freiheit. Die Rolle der Kommunen in der Schulverwaltung stärken **7**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5784

Ausschussprotokoll 14/777

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung abzugeben.

3 Alle Kinder essen mit – auch im Kindergarten **8**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6334

Ausschussprotokoll 14/718

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration abzugeben.

4 Neuregelung der Lernmittelfreiheit – Familien im ALG-II-Bezug endlich vom Eigenanteil befreien **9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6686

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung abzugeben.

5 Kinder besser schützen – Standards in Nordrhein-Westfalen einführen und sichern **10**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7957

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration abzugeben.

- 6 Zwingt die Kommunalaufsicht Kommunen mit Nothaushalt, betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen? 11**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/2314
– Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Diskussion 11
- 7 Was tut die Landesregierung dafür, dass auch Kommunen im Nothaushalt an den investiven Konjunkturförderprogrammen der Bundesregierung und an den Landesförderprogrammen teilhaben können, in den Eigenanteile nachzuweisen sind? 29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 14/2315
- Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.
- 8 Verschiedenes 30**
- 5. Februar 2009: Anhörung zum Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit in den Kommunen 30
- Nächste Sitzungen: 15. Januar 2009 30**
- Gemeinsame Anhörung mit dem HFA zur Ergänzung des GFG 2009
- 21. Januar 2009**
– Beratungssitzung
- 21. Januar 2009**
– Anhörung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Vergleichbare Kommunen in Ost und West gleich behandeln: Sonderzuweisungen und Altschuldenhilfe für strukturschwache NRW-Kommunen ermöglichen, kommunale Belastung für Einheitslasten zurückführen“

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7002
Drucksache 14/7900 (erste Ergänzung)

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, zwischenzeitlich habe der Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt, dass dieser eine Anhörung am 15. Januar zur ersten Ergänzung durchführen wolle. Er schlage eine Teilnahme in Form einer Pflichtsitzung vor.

Der Ausschuss kommt überein, an der vom Haushalts- und Finanzausschuss für den 15. Januar angesetzten Anhörung in Form einer Pflichtsitzung teilzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Anhörung über die erste Ergänzung zum GFG 2009 zu Beginn der gemeinsamen Sitzung durchgeführt wird.

